

# magazin

für beamtinnen und beamte

**DGB**

**befristet  
privatisiert  
prekär**

**Arbeitsbedingungen  
im öffentlichen Sektor**

**Verlässliche öffentliche  
Dienstleistungen!**

Kommentar von Elke Hannack

**Besoldungsanpassung Bund**

Gesetzentwurf liegt vor

**Beihilfegrenzung  
im Basistarif**

Bundesverwaltungsgericht  
sieht Verstoß gegen  
Gleichheitssatz

Ausgabe 05 15.05.2014  
[www.beamten-magazin.de](http://www.beamten-magazin.de)





Aktuelle Konditionen  
in Ihrer Filiale, unter  
[www.bbbank.de](http://www.bbbank.de) oder  
Tel. 0 800/40 60 40 124  
(kostenfrei)

## Der erste Schritt ins neue Zuhause!

- Zinssicherheit für die gesamte Laufzeit
- Beratung zu günstigen KfW-Förderdarlehen
- Intensive Betreuung und verantwortungsvolle Beratung

**Auch mit B-Tarif  
für den öffentlichen Dienst!**



**Jetzt günstige Baufinanzierung sichern**

**Jetzt informieren:**  
[www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de)

**BB** Bank

So muss meine Bank sein.

## INHALT

**Titel**

Bedingungen öffentlich finanzierter Arbeit  
Gleich wichtig – ungleich behandelt 4

**Kommentar**

Elke Hannack fordert verlässliche öffentliche  
Dienstleistungen 7

**Aus dem Bund** 8

**Aus den Ländern** 10

**Aus den Gewerkschaften**

12. Potsdamer Forum 15

**Aufruf**

Deutscher Personalräte-Preis 2014  
Jetzt mit eigenem Projekt bewerben! 17

**Vermischtes** 18

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB-Bundesvorstand,  
Abteilung Beamte und Öffentlicher Dienst,  
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin  
Verantwortlich für den Inhalt: Elke Hannack  
Redaktion: Alexander Haas, Lisa Kranz, Henriette Schwarz  
Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing:  
INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte,  
Fuchslochweg 1, 74933 Neidenstein  
Telefon: 0211 72134571, Telefax: 0211 72134573,  
infoservice@beamten-informationen.de,  
www.beamten-magazin.de  
Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen  
Titelbild: fotolia.de/Flexmedia  
Druck: Peter Pomp GmbH, Bottrop  
Erscheinungsweise: 10 mal im Jahr, im 21. Jahrgang  
Jahresbezugspreis: 19,50 Euro inkl. Zustellgebühr



Foto: DGB/Simone M. Neumann

**Alexander Haas**

Politischer Referent,  
Abteilung Beamte und  
Öffentlicher Dienst beim  
DGB-Bundesvorstand

Liebe Leserinnen und Leser,

in dem Moment, in dem diese Ausgabe des Magazins erscheint, treffen sich die Delegierten der DGB-Mitgliedsgewerkschaften zum 20. Parlament der Arbeit in Berlin. Ganz oben auf der Tagesordnung steht „Gute Arbeit“ als Gegenentwurf zur Deregulierung auf dem Arbeitsmarkt. Diese Deregulierung hat auch öffentlich Beschäftigte erfasst. Unser Titelbeitrag bietet eine Bestandsaufnahme ungleicher Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen und öffentlich finanzierten Sektor: von der Föderalisierung des Beamtenrechts über Befristungen bis zur Notwendigkeit, öffentliche Aufträge nach sozialen Kriterien zu vergeben.

Angesichts dieser Zersplitterung plädiert die zu Beginn des 20. Ordentlichen Bundeskongresses bestätigte stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack in ihrem Beitrag dafür, weiterhin über die Grenzen der Beschäftigtengruppen hinweg solidarisch gegen den Abbau öffentlicher Dienstleistungen zu streiten. Als Auftakt zu einer Reihe von Gastbeiträgen der Bundestagsfraktionen formuliert sie Anforderungen an eine verlässliche Politik.

Über diese Politik wird am 25. Mai wieder entschieden. Die Wahl zum Europäischen Parlament bietet die Möglichkeit, der Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen zu Lasten der BürgerInnen und der öffentlich Beschäftigten eine klare Absage zu erteilen. Diese und andere Auswirkungen der europäischen Politik auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen waren auch Gegenstand vieler Maikundgebungen, über die wir in unseren Meldungen berichten.

Gute Gründe, aktiv zu werden und die Arbeitsbedingungen zu verändern. Wer dafür gute Beispiele hat, ist aufgerufen, Vorschläge zum Deutschen Personalräte-Preis 2014 einzureichen. Die Teilnahmebedingungen finden Sie auf Seite 17.

Mit freundlichen Grüßen

# Bedingungen öffentlich finanzierter Arbeit

## Gleich wichtig – ungleich behandelt

Die Tarifrunde für Bund und Kommunen ist erfolgreich beendet. Die Bundesbesoldungsrunde läuft unter positivem Vorzeichen. Alles gut also? Die Politik der letzten Jahrzehnte hat Spuren hinterlassen: unterschiedliche Arbeitsbedingungen zwischen den und innerhalb der Beschäftigtengruppen des öffentlichen Dienstes, in ausgegründeten öffentlichen oder privatisierten Einrichtungen, Befristungen und Leiharbeit im öffentlichen Dienst bis hin zu irregulären Einsätzen von „Ein-Euro-JobberInnen“.

### BeamtInnen erster, zweiter, ... siebzehnter Klasse?

Die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ ist für weite Teile des Dienstrechts kein Maßstab mehr. So wollte es die Politik bei der Förderalismusreform I. In den acht Jahren seit der Reform haben sich in einzelnen Besoldungsgruppen Unterschiede von mehr als 18 Prozent zwischen den Ländern aufgetan. Damit auch die schlechter zahlenden Länder noch BeamtInnen abwerben können, werden mitunter Ausgleichzulagen zur Besoldung des Herkunftslandes gewährt oder völlig intransparente „Fachkräftegewinnungszuschläge“. Dienstpostenbewertung? Fehlanzeige! Dank Stellenobergrenzen hat die Besoldung noch weniger mit den faktisch ausgeübten Funktionen zu tun. Durch Tricks bei der Schichtplangestaltung werden Mindestzeiten gezielt unterschritten und damit Zulagen gekürzt – die Belastung der Kolleginnen und Kollegen bleibt. Selbst Leiharbeit ist für BeamtInnen schon seit Jahren kein Fremdwort mehr, seit Einrichtungen wie der inzwischen in Abwicklung befindliche Berliner „Stellenpool“ die Kolleginnen und Kollegen ständig aus ihrem sozialen Arbeitsumfeld riss und ohne ausreichende Qualifizierungsangebote in häufig wechselnden Aufgabenfeldern einsetzte.

So ist schon innerhalb der BeamtInnenschaft in wenigen Jahren eine enorme Ungleichbehandlung herangewachsen – trotz eines gleichbleibend bürokratischen Regelungsdrickichts.

### Die Statusgruppen im öffentlichen Dienst

Die Zugehörigkeit zur Statusgruppe der BeamtInnen oder aber der Tarifbeschäftigten folgt in manchen Teilen des öffentlichen Dienstes keiner sachlichen Logik sondern der zum jeweiligen Einstellungszeitpunkt herrschenden personalpolitischen Doktrin. Passt die Doktrin nicht zur individuellen Vorstellung, gibt es da noch den Drehtüreffekt: zur Verbeamtung in ein Nachbarland gehen und sich nach gewisser Zeit versetzen lassen in das Wunschland – wenn es klappt. So stehen dann zum Beispiel in Schulen Beamtinnen ohne und Beamten mit Ausgleichzulage sowie Angestellte vor denselben SchülerInnen – gleiche Arbeit, unterschiedliche Bedingungen. Was sie gemeinsam haben: Ein paar Kilometer weiter hinter der Landesgrenze können sowohl die Beamten als auch die Tarifbeschäftigten anders bezahlt werden.

### Öffentliche Tariflandschaft

Auch wenn spätestens 2017 in der Bundeshauptstadt die Tarifbeschäftigten auf TV-L-Niveau bezahlt werden, zeitigt die aufgefächerte öffentliche Tariflandschaft hier weiterhin beispielhaft Folgen: Die Kita-Erzieherin aus Berlin wird dann nach TV-L bezahlt, ihr Kollege in der Brandenburgischen Gemeinde nebenan nach TVöD.

Je nach Grad der Ausgründung oder Privatisierung ergeben

sich noch weitere Differenzen. Das gilt sowohl innerhalb des öffentlichen Sektors als auch im Verhältnis zu Beschäftigten bei Dienstleistern in Privateigentum, die oftmals von der öffentlichen Hand den ganz überwiegenden Teil ihrer Aufträge erhalten („öffentlich finanzierter Sektor“). So besteht beispielsweise mit dem Tarifvertrag Nahverkehr (TV-N) ein kommunaler Spartenvertrag, der seine Mantelbestimmungen dem öffentlichen Dienst entlehnt, jedoch mit geringerer Entlohnung. Nach Berechnungen der Hans-Böckler-Stiftung beste-

hen oder teilweisen Anwendung des TV-L oder TVöD haben die wenigsten. Und die staatlichen Zuwendungen steigen nach einer Tarifrunde in der Regel auch nicht. Im Dumpingwettbewerb mit Trägern, die auf Honorarkräfte und Ehrenamtliche setzen, fällt Gegenwehr schwer.

#### Dauernd auf Zeit

Die Bezahlung ist nicht die einzige Ungleichheit. Bleiben wir im Schulbeispiel: Hier steht neben der Beamtin ohne und dem

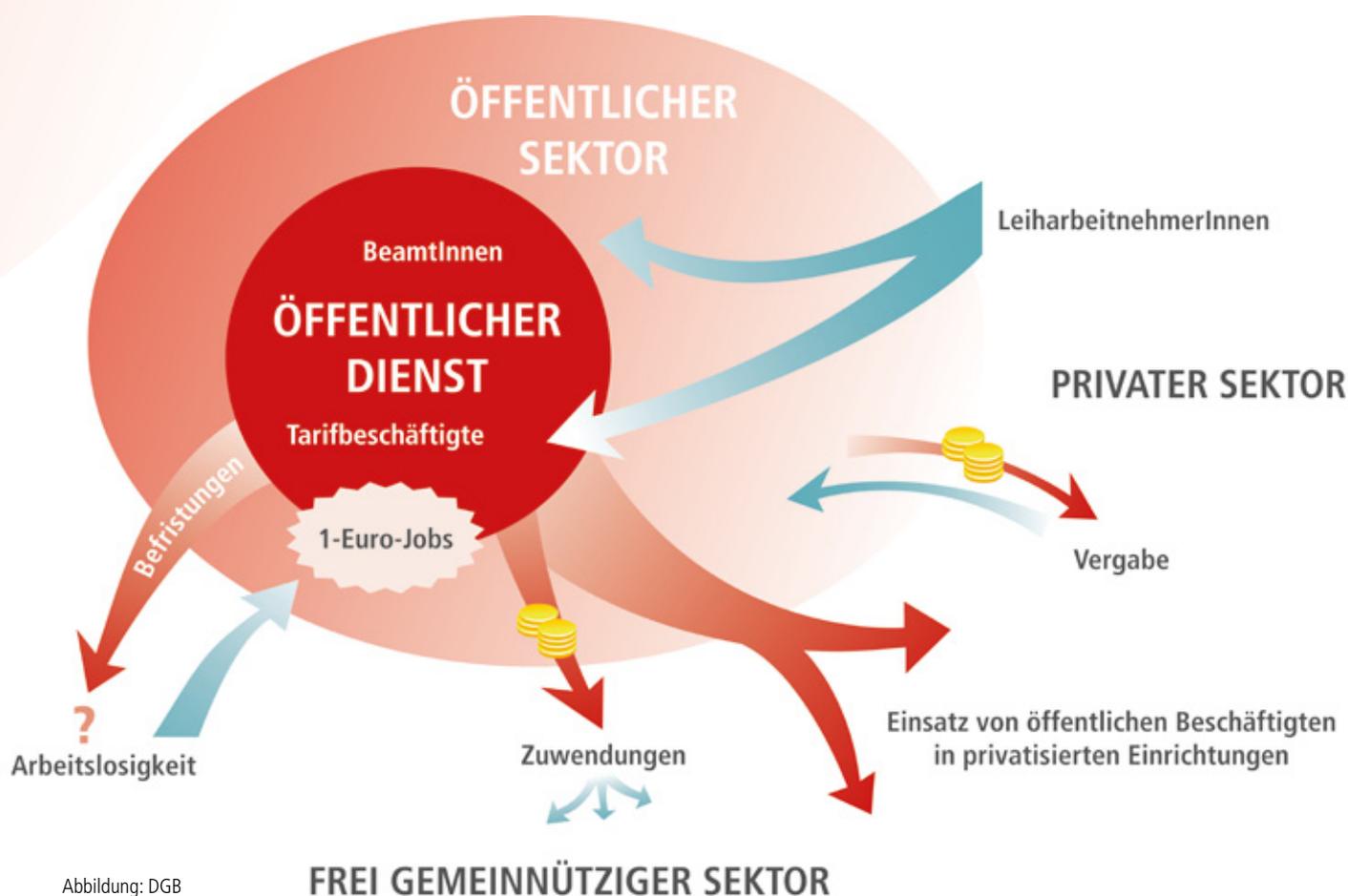


Abbildung: DGB

hen zwischen diesem Niveau sowie Verbands- und Haustarifverträgen sowie nicht tarifgebundenen Privatunternehmen noch einmal Differenzen von bis zu 50 Prozent für dieselbe Tätigkeit. Ähnliche Ungleichheiten hat die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen auch bei Beschäftigten in den Bereichen Telekommunikation, Post, Bahn, Krankenhäuser, Entsorgung und Energieversorgung gebracht. Und dabei sind die öffentlichen Arbeitgeber nicht zwangsläufig die besser entlohnenden, wie Beispiele aus der Energiewirtschaft zeigen. Noch unübersichtlicher wird es im Sozialbereich, wo eine Vielzahl großer, kleiner und kleinster „freier“ Träger staatlich finanzierte Leistungen erbringt. Einen Haustarifvertrag zur ana-

Beamten mit Ausgleichzulage sowie dem Angestellten dann auch noch die befristete Angestellte vor den SchülerInnen. Bei Befristungen ist der öffentliche Dienst schon länger führend gegenüber der Privatwirtschaft. Während in der Industrie 11 Prozent der Jungakademiker unter 30 Jahren befristet sind, sind es in der allgemeinen Verwaltung 29, an Hochschulen gar 80 Prozent.

#### Leiharbeit

Auch Leiharbeit ist innerhalb des öffentlichen Dienstes anzutreffen. Allein für die Bundesministerien und Bundesämter gibt die Bundesregierung die Zahl der eingesetzten Leihar-

beitnehmerInnen mit 2.092 für das Jahr 2012 an. Bei der Leiharbeit ist die öffentliche Hand auch als „Entleiher“ tätig. Insbesondere bei Auslagerungen werden die in einer Einrichtung beschäftigten an den neuen Träger mittels „Gestellung“ zur Arbeitsleistung überlassen. Die Betroffenen bleiben formal in ihrem bisherigen Arbeitsverhältnis, der neue Träger erstattet ihrem Arbeitgeber die Personalkosten. Nachdem das Landesarbeitsgericht Baden-Württemberg Gestellungen wegen ihrer Dauerhaftigkeit als unzulässige Arbeitnehmerüberlassung eingestuft hat, forderte der Bundesrat auf Initiative der rot-grün regierten Länder Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein im Herbst letzten Jahres die Bundesregierung auf, öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaften hinsichtlich der Gestellung und Abordnung vom Anwendungsbereich des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes auszunehmen. Begründet wird der Vorschlag damit, dass die bisherigen Arbeitsbedingungen weitergelten und die üblichen Risiken der Arbeitnehmerüberlassung – von hoher Arbeitsplatzunsicherheit bis zu ständig wechselnden Einsatzorten – nicht gegeben seien. Auch sei die Zuverlässigkeit des Verleihers bei öffentlich-rechtlichen Arbeitgebern nicht ernsthaft in Zweifel zu ziehen.

#### Ein-Euro-Jobber

Inwiefern sich die öffentliche Hand bei massivem Kürzungsdruck noch zuverlässig verhält, zeigt das Beispiel der „Ein-Euro-Jobs“ für BezieherInnen von Arbeitslosengeld II. Obwohl sie nach dem zweiten Sozialgesetzbuch nur „zusätzliche“ Aufgaben erfüllen dürfen, um keine regulären Beschäf-

tigungsverhältnisse zu verdrängen, zeichnet die Praxis ein anderes Bild. Dies geht bis hin zu Streikbrechereinsätzen während Tarifrunden des öffentlichen Dienstes.

#### Vergabe

Zur Realisierung seiner Investitionsprojekte bedient sich der Staat seit jeher privater Firmen. Die Privatisierungspolitik der letzten Jahrzehnte lies dazu noch eine Vielzahl von Dienstleistungsaufträgen anwachsen, die nunmehr extern ausgeschrieben werden. Weil das Geld der Gemeinschaft nur in „gute Arbeit“ fließen soll, machten sich der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften in den letzten Jahren in immer mehr Bundesländern erfolgreich für Tariftreue- und Vergabegesetze stark. Die eingeschränkten Spielräume des Europa- und Bundesrechts werden dabei genutzt, um die öffentliche Auftragsvergabe an die Einhaltung sozialer Kriterien zu knüpfen. Das sind neben vergabespezifischen Mindestlöhnen auch Branchenmindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG), Tarifverträge im Verkehrssektor und weitere soziale und ökologische Vorgaben. Auch nach Einführung des allgemeinen flächendeckenden Mindestlohns bleiben diese Vergabegesetze wichtig. Denn zum einen (können) die sozialen und teilweise ökologischen Kriterien noch über den allgemeinen Mindestlohn hinausgehen. Zum anderen kann der Staat mit diesen Gesetzen seine privatrechtlichen Mittel als Auftraggeber wirksam einsetzen, um Einfluss auf die Beschäftigungsbedingungen zu nehmen. Einzig: Wie so oft fehlt es an der wirksamen Kontrolle – insbesondere ausreichendem Kontrollpersonal im öffentlichen Dienst.




## Das RentenPlus

Unsere Riester-Rente mit dem zusätzlichen Plus für Gewerkschaftsmitglieder

Riester-Rente + DGB-Vorteil = Das RentenPlus

[www.das-rentenplus.de](http://www.das-rentenplus.de)





## Verlässliche öffentliche Dienstleistungen für die Menschen – nur mit einer verlässlichen Politik!

Die Politik sorgt sich allenthalben öffentlich darum, dass die zukünftigen Generationen nicht die Staatsschulden der heutigen erben. Aber sorgt sie sich auch, dass die zukünftigen Generationen eine gute Kinderbetreuung, Ausbildung, Gesundheitsversorgung, Sicherheit, Infrastruktur, Arbeitsschutzverwaltung, Sport- und Kulturangebote erben? Zu einer verlässlichen Kindertagesbetreuung passt nicht, dass Leiharbeiterinnen in öffentlichen Kitas eingesetzt werden, die den Kindern von einem auf den anderen Tag plötzlich wieder fehlen.

Zu einer verlässlichen Gewährleistung öffentlicher Sicherheit passt nicht, dass Polizeiwachen auf dem Land abends geschlossen werden.

Zu einer verlässlichen Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland passt nicht, dass Genehmigungen in Folge von Krankheitsausfällen lange auf sich warten lassen.

Zu verlässlicher öffentlich finanzierter Sozialarbeit passt nicht, dass befristete Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter im Dumpingwettbewerb selbst nicht wissen, wie sie morgen noch über die Runden kommen sollen.

Die Politik muss ihre Verantwortung wahrnehmen, verlässliche Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger zu sichern. Doch bisher existiert nicht einmal eine positive Beschreibung dessen, was die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland an öffentlichen Dienstleistungen überhaupt (noch) erwarten können und in welcher Qualität. Wir brauchen diesen Maßstab, auch für die Politik selber. Die öffentlichen Haushalte bluten aus, die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger an ihre öffentlichen Dienstleisterinnen und Dienstleister bleiben mit gutem Grund hoch. Dazwischen werden die Beschäftigten im öffentlichen Sektor zerrieben. Die Zersplitterung der öffentlichen Tariflandschaft, die Föderalisierung des Dienstrechts, die Ausgliederungen und Privatisierungen, Befristungen und Leiharbeit: Der öffentliche Sektor ist geprägt von problematischen und ungleichen Beschäftigungsbedingungen.

Wir tun gut daran, uns über die Grenzen der Beschäftigtengruppen sowie die Grenzen von unmittelbarer und mittelbarer Verwaltung, ausge-

gliederten oder privatisierten Einrichtungen hinweg solidarisch dem Abbau der öffentlichen Dienstleistungen entgegen zu stellen. Denn längst ist klar: Die Prekarisierung am Rande des öffentlichen Sektors hat auch die „Kernbelegschaft“ des öffentlichen Dienstes getroffen, denn sie wurde durch die Drohkulisse des Outsourcing erpressbar.

Und die Politik täte gut daran, Versuche zu unterlassen, die Beschäftigten im öffentlichen Sektor gegeneinander auszuspielen. Fehlende Neueinstellungen, Arbeitsverdichtung und dadurch gestiegene Krankenstände, wechselndes Leiharbeitspersonal usw.: Die Auszehrung der Beschäftigten im öffentlichen Sektor und die sinkende Qualität der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger sind zwei Seiten derselben unrühmlichen Medaille. Das erkennen auch immer mehr Wählerinnen und Wähler.

### Reihe „Zukunft öffentlicher Dienstleistungen“

Demografische Entwicklung, digitale Revolution, vielfältige Gesellschaft: Die Erwartungen der Bevölkerung an ihren öffentlichen Dienst wandeln sich. Dessen Beschäftigte stellen sich den Veränderungen. Doch das wird ihnen nicht leicht gemacht. Längst ist die öffentliche Hand kein Musterarbeitgeber mehr.

Wir fragen daher ab der nächsten Ausgabe die Bundestagsfraktionen: Wie können bedarfsgerechte, verlässliche öffentliche Dienstleistungen für die Menschen sichergestellt werden?

Die Antwort fällt umso schwerer, als wir nicht von dem einen öffentlichen Dienst sprechen. Deregulierungen und Privatisierungen der letzten Jahrzehnte haben Spuren hinterlassen. Zum Auftakt unserer Reihe plädiert Elke Hannack, durch den Bundeskongress bestätigte stellvertretende DGB-Vorsitzende, für einen umfassenden Blick auf die Arbeit im öffentlichen Sektor und erläutert Anforderungen des DGB an die Politik.

## Behördengänge 2020 entbehrlich

Die Bundesregierung setzt sich mit den am 8. April 2014 im Kabinett beschlossenen Eckpunkten zum Programm „Digitale Agenda 2020“ ehrgeizige Ziele. So sollen ab 2020 Behördengänge weitgehend entbehrlich werden, es sei denn, eine Bürgerin oder ein Bürger wünscht dies oder ein persönliches Erscheinen ist erforderlich. Als mittelfristige Ziele werden auch Bürokratieabbau und Kostenersparnis genannt. Dazu soll vermehrt ressortübergreifend und mit den Ländern zusammen gearbeitet werden. Neben der Definition zahlreicher digitaler Angebote enthält das Papier auch knappe Festlegungen zur Personal- und Organisationsentwicklung. So sollen externe Beratungen zurückgefahren werden, in dem die Bundesverwaltung eigene Kompeten-

zen für IT- und Prozessberatung aufbaut. Dieser Ansatz wird indes begrenzt bleiben. Es sollen nur ausgewählte Projekte in den Ressorts auf diese Weise unterstützt werden, etwa die Einführung der E-Akte. Daneben sollen die Kompetenzen der Beschäftigten der Bundesverwaltung in den Bereichen Digitalisierung, Datenschutz, IT, Informationssicherheit und E-Government gestärkt werden. Die dafür nach den Eckpunkten als erforderlich erachteten Fortbildungsmaßnahmen, das aktive Veränderungsmanagement und die Maßnahmen zum Kulturwandel werden im Sommer konkretisiert, wenn das Bundesinnenministerium seinen Programmwurf auf Grundlage der Eckpunkte vorlegt.

Das Eckpunktepapier ist abrufbar unter [www.verwaltung-innovativ.de](http://www.verwaltung-innovativ.de)

**Debeka**

Versichern und Bausparen

Traditioneller Partner des öffentlichen Dienstes

sorgenfrei  
im Alter

Steuern sparen

Sicherheit  
für meine  
Liebsten

die  
eigenen  
vier  
Wände

## Jetzt staatliche Förderung sichern!

Egal, ob Sie fürs Alter vorsorgen, Steuern sparen oder Kapital für eine Immobilie aufbauen möchten – der Staat hilft dabei. Neu, seit dem Jahr 2013, ist die geförderte private Pflegevorsorge.

Behalten Sie den Überblick – Wir zeigen Ihnen Wege zu Ihrer staatlichen Förderung.

Debeka-Hauptverwaltung  
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18  
56058 Koblenz  
Telefon (02 61) 4 98 - 0  
[www.debeka.de](http://www.debeka.de)

anders als andere

**Debeka**

Bund

## 1. Mai im Zeichen Europas

Am 1. Mai haben sich 403.000 Menschen an über 493 Veranstaltungen und Kundgebungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes für Gute Arbeit und ein Soziales Europa stark gemacht. „Wir werden weiter Druck machen für humane Arbeitsbedingungen und gegen prekäre Beschäftigung“, erklärte der scheidende DGB-Vorsitzende Michael Sommer in Bremen. Dort machte er sich auch für die Rekommunalisierung der Müllabfuhr stark. In Gummersbach warb die stellvertretende DGB-Bundesvorsitzende Elke Hannack für die Europawahl. 100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkriegs, 75 Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkriegs und 25 Jahre nach dem Mauerfall sei es wichtig, ein Zei-

wird. Wir wollen ein Europa der Menschen, nicht der Unternehmen.“ Es brauche ein starkes Europäisches Parlament. „Und wir müssen dafür sorgen, dass da Menschen drin sitzen, denen das Soziale genauso am Herzen liegt wie uns“, so Schneiders Apell zur Europawahl am 25. Mai.

## Besoldungsrunde 2014

Im Rahmen der im Frühjahr dieses Jahres laufenden Tarifrunde kündigte der Bundesminister des Innern, Dr. Thomas de Maizière, die Übertragung des Tarifergebnisses für die Tarifbeschäftigten von Bund und Kommunen auf die BeamtInnen, RichterInnen und VersorgungsempfängerInnen des Bundes an. Mit dem vorgelegten Entwurf eines Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetzes 2014/2015 soll dieses Vorhaben nun umgesetzt werden. Das Innenministerium plant die

Macht zum Beispiel die Anhebung des Grundgehalts um 90 Euro in der Besoldungsgruppe A3 in der Stufe 1 (1.920,04 Euro) eine Erhöhung um rund 4,68 Prozent aus, werden davon 0,2 Prozentpunkte abgezogen und das Grundgehalt dementsprechend um 4,48 Prozent (entspricht einem Plus von 84,16 Euro) angepasst. Diese Mindesterrhöhung betrifft die BesoldungsempfängerInnen der Besoldungsgruppen A2 bis A8 sowie der ersten Stufen der Besoldungsgruppen A9 und A10. Der zweite Anpassungsschritt soll sodann zum 1. März 2015 durch Erhöhung der ausgewiesenen Bezüge um 2,2 Prozent umgesetzt werden. Die Anwärterbezüge werden zum 1. März 2014 um 40 Euro und zum 1. März des kommenden Jahres um 20 Euro erhöht. Der DGB begrüßt den Referentenentwurf, mahnt jedoch zugleich eine zeitnahe Umsetzung der Anpassung der Erholungsurlaubsverordnung an. Schließlich sehe das ausgehandelte Tarifergebnis neben den Gehaltssteigerungen auch einen Anspruch auf 30 Tage Erholungsurlaub im Jahr vor. Als kritisch erachtet der DGB die Minderung einer jeden linearen Anpassung zugunsten der Versorgungsrücklage, die ab 2018 über einen Zeitraum von 15 Jahren der Entlastung des Bundeshaushaltes um 500 Millionen Euro dienen soll. Es sei unstrittig, dass eine solide Finanzierung der Versorgungskosten unerlässlich ist, so der DGB. Doch die bei jeder einzelnen prozentualen Erhöhung vorgenommene Abführung von 0,2 Prozentpunkten belaste die aktiven BeamtInnen doppelt, da dies nicht nur verringerte Besoldungsbezüge, sondern auch Versorgungsbezüge zur Folge habe. Darüber hinaus erwarte der DGB die Absenkung der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit. Das 2005 mit der Einführung der 40-Stundenwoche verfolgte Ziel, rund vier Prozent der Planstellen einzusparen, sei auf Grund der seit 2006 geltenden 41-Stundenwoche bereits realisiert worden. Mitte Mai 2014 findet das Beteiligungsgespräch unter Teilnahme der gewerkschaftlichen Spitzenverbände und Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Bundesinnenministerium statt. Nach erfolgtem Kabinettsbeschluss wird der Gesetzentwurf im Bundestag beraten.

Mehr Infos unter  
[www.dgb.de/extra/  
tag-der-arbeit-  
2014](http://www.dgb.de/extra/tag-der-arbeit-2014)



Die 1. Mai-Kundgebung in Bremen mit Michael Sommer (erste Reihe 2. v.r.)

Foto: DGB/Kai Schöning

chen für den Frieden zu setzen. „Denn Frieden ist das wichtigste Gut für die Menschen.“ In seiner Mai-Rede in Herten wies Karsten Schneider, Abteilungsleiter Beamte und Öffentlicher Dienst beim DGB Bundesvorstand, auf die vielen spürbaren Verbesserungen hin, die die Europäische Union den Menschen gebracht habe. Doch zugleich warnte er: „Wir müssen aufpassen, dass uns unsere Europäische Union nicht aus den Händen genommen

Bezüge entsprechend der Tarifeinigung linear zu erhöhen, wobei die Anpassungsschritte zum Zwecke der Zuführung in die Versorgungsrücklage um 0,2 Prozentpunkte vermindert werden. Somit sollen die Grundgehälter rückwirkend zum 1. März 2014 um einen Prozentsatz, der mindestens einem Betrag von 90 Euro – allerdings ebenfalls reduziert um 0,2 Prozentpunkte – entspricht, aber nicht über 2,8 Prozent hinausgeht, erhöht werden.

## Baden-Württemberg

---

### Krankenversichertenkarte statt Behandlungsausweis

Die hellgrünen Zettel in A5-Format, die Heilfürsorgeberechtigte bei jedem (Zahn-)Arztbesuch vorlegen müssen, gehören bald der Vergangenheit an. Statt der Behandlungsausweise erhalten die



Foto: fotolia.de/Thomas Jansa

BeamtInnen des Polizeivollzugsdienstes des Landes sowie des technischen Dienstes der Landesfeuerwehrschule zum 1. Juli 2014 eine im gesamten Bundesgebiet geltende elektronische Krankenversichertenkarte. Neben Namen, Anschrift und Geburtsdatum enthält diese Daten über Beurlaubungen ohne Bezüge, Versetzungen oder auch über den Eintritt in den Ruhestand. Die Karte ist zeitlich befristet, wird bei Eintritt in den gesetzlich vorgesehenen Ruhestand, Versetzung zu einem anderen Dienstherrn oder aber Entlassung aus dem Dienst von der Personalverwaltung eingezogen und sodann von der Heilfürsorgestelle beim Landesamt für Besoldung und Versorgung vernichtet. Die GdP Baden-Württemberg begrüßt die nach ihrer Auffassung längst überfällige Einführung der Krankenversichertenkarte und Abschaffung der Behandlungsausweise.

## Bayern

---

### Neues zum Laufbahnrecht

Bei der in diesem Jahr eingerichteten Arbeitsgruppe Mindestaltersgrenze, die am 7. Mai 2014 im Bayerischen Innenministerium zusammen kam, standen verschiedenste laufbahn-

rechtliche Streitpunkte auf der Tagesordnung. Geklärt werden konnte unter anderem, dass zukünftig Beförderungen nach A10, 2. Qualifikationsebene, gestaffelt nach Beurteilung erfolgen und eine Aufstiegsgruppe A9+Z für die Zulassung zum Studium, 3. Qualifikationsebene, eingerichtet wird. Auch bleibt es bei den Beförderungen nach A10 und A11 bei einem prüfungsfreien Verfahren. Zudem sind sich nach Angaben der GdP alle Seiten darüber im Klaren, dass es zu einer Aufstockung der Stellen A9+Z in der 2. Qualifikationsebene geben muss.

## Berlin

---

### Anpassung der Bezüge

Die Besoldungs- und Versorgungsbezüge der Berliner BeamtInnen sollen zum 1. August 2014 um 2,5 Prozent und zum 1. August 2015 – nach Verminderung um 0,2 Prozent zum Zwecke der Abführung in die Versorgungsrücklage – um ebenfalls 2,5 Prozent erhöht werden. So sieht es der nun vorgelegte Gesetzentwurf vor. Im laufenden Beteiligungsverfahren rügt der DGB das Vorhaben des Senats als unzureichend. Er habe eine Chance vertan, die Einkommen seiner BeamtInnen, RichterInnen und VersorgungsempfängerInnen an das Bundesniveau heranzuführen. Dies sei jedoch in Zeiten des Ringens um qualifizierte MitarbeiterInnen und der direkten Konkurrenz zum Dienstherrn Bund erforderlich. Des Weiteren kritisiert der DGB die nach seiner Auffassung ebenfalls zu gering ausfallende Erhöhung der Mehrarbeits- und Erschwerniszulagen und fordert im Zuge dessen eine den Gegebenheiten und Anforderungen entsprechende Anpassung.

## Brandenburg

---

### Begrenzung des Ausbildungsbereichs

Um den Nachwuchsbedarf in Grundschulen und der Sekundarstufe I zu erhöhen und die Auslastung der Referendariatsplätze sicher zu stellen, hat das brandenburgische Bildungsministerium per Rundschreiben die Möglichkeit eröffnet, dass LehramtskandidatInnen die schulpraktische Ausbildung auf den Be-

reich der Primarstufe oder der Sekundarstufe I begrenzen. „Die vorgeschlagenen Veränderungen sind sinnvoll und entsprechen unseren Forderungen“, erklärte dazu Brandenburgs GEW-Chef Fuchs. Es sei aber rechtlich bedenklich, dass die geltende Verordnung über den Vorbereitungsdienst durch ein schlichtes Anschreiben uminterpretiert werden solle. „Wir brauchen Rechtssicherheit“, so Fuchs.

## Bremen

---

### Polizei senkt Kriminalität – und wird vermehrt Opfer

Eine paradoxe Entwicklung zeigt die aktuelle polizeiliche Kriminalstatistik für Bremen: Während die PolizistInnen 2013 den niedrigsten Kriminalitätsstand seit 25 Jahren als Er-



Foto: Eduard Fiegele

folg ihrer Arbeit verbuchen können, sind sie selbst von Gewalttaten betroffen wie noch nie. Über 800 waren es im vergangenen Jahr. Abhilfe schaffen sollen nach einem Vorschlag der Bremer SPD nun sogenannte „Bodycams“ – mobile Kamerasysteme direkt an der Polizeiuniform. Mit ihnen soll die Beweissicherung verbessert werden, was wiederum abschreckend gegen potentielle GewalttäterInnen wirken soll. Schon in einem hessischen Pilotprojekt hat dieses System zu einer Abnahme der Gewalt gegenüber PolizeibeamtInnen geführt. Die GdP begrüßt daher diesen

Vorschlag. Gleichzeitig hält sie an ihrer Forderung fest, einen Beiß- und Spuckschutz einzuführen, um KollegInnen vor gesundheitsgefährdenden Attacken zu schützen.

## Hamburg

### CDU: Schuld sind die Beschäftigten

Vertreter der oppositionellen hamburgischen CDU kritisieren den ihrer Meinung nach zu geringen Personalabbau in Hamburgs Verwaltung. „Das ist auch ein Grund dafür, dass der Hamburger Haushalt mittlerweile eines der größten Pro-Kopf-Defizite hat“, erklärte CDU-Finanzpolitiker Roland Heintze. Die vom Senat gesetzte Zielmarke eines Abbaus um 250 Vollzeitstellen wurde im letzten Jahr mit rund 166 abgebauten Stellen auf nunmehr rund 59.450 unterschritten. Grund dafür ist nach Auskunft des Senats die Schaffung zusätzlicher Stellen in den Schulen – von Lehrkräften, über Sozialpädagoginnen und Erzieher bis hin zu Therapeutinnen. Nach einem Antrag der SPD-Fraktion soll zukünftig der Kürzungsdruck auf die Bezirke gemindert werden. Dazu soll zum einen die Steigerungsrate der Bezirksbudgets über der allgemeinen Steigerungsrate des Haushalts liegen. Zum anderen sollen die personellen Kürzungsvorgaben geringer ausfallen als in der Gesamtverwaltung. In sensiblen Bereichen wie dem Allgemeinen Sozialen Dienst soll zukünftig nicht gekürzt werden.

## Hessen

### GdP fordert mehr Personal

Die GdP mahnt gegenüber dem hessischen Innenminister Peter Beuth die Personalsituation bei der hessischen Polizei an. Der gesamte Apparat zeige deutliche Überlastungserscheinungen. Kommen – wie laut Koalitionsvertrag beabsichtigt – weitere Aufgaben auf die PolizeibeamtInnen zu, sei mehr Personal unerlässlich. Aus diesem Grund begrüße man die Aussagen des Innenministers, den Personalabbau bei der hessischen Polizei nicht weiter vorantreiben zu wollen. Nur so sei eine weitere Verschlechterung der Qualität der Kriminalitätsbekämpfung auf Grund der bestehenden Arbeitsüberlastung der BeamtInnen zu verhin-

dern. Die GdP forderte die schwarz-grüne Koalition auf, den Vorgaben von Innenminister Beuth zu folgen und kein Personal bei der hessischen Polizei mehr einzusparen.

## Mecklenburg-Vorpommern

### Unternehmensberater legen Axt an Schweriner Kitas

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft „Price-waterhouseCoopers“ (pwc) prüft derzeit die Finanzsituation der Landeshauptstadt Schwerin. Dabei steht auch eine Privatisierung der stadt-eigenen Kita gGmbH zur Debatte. „Wir warnen ausdrücklich davor, diese Kindertages-

**» WIR WARNEN AUSDRÜCKLICH  
DAVOR, DIESE KINDERTAGES-  
STÄTTEN IN FREIE  
TRÄGERSCHAFT ZU GEBEN«**

stätten in freie Trägerschaft zu geben“, positioniert sich Annett Lindner, Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Mecklenburg-Vorpommern. Ein Angebot zur Kinderbetreuung gehöre zur öffentlichen Da-

im Land fast vollständig von der Bildfläche verschwinden. Verlierer der Privatisierung sind nach Ansicht der GEW sowohl Eltern als auch ErzieherInnen. Steigende Elternbeiträge und eine schlechtere Bezahlung der Beschäftigten seien die typischen Folgen. „Das betrifft auch die finanzielle Situation der Erzieherinnen und Erzieher im Land insgesamt“, so Lindner. Denn die Kommunen, die ihre Angestellten nach dem Tarifvertrag für den Öffentlichen DienstVöD bezahlen, hätten immer auch eine Leuchtturmfunktion für die Kitas in freier Trägerschaft.

## Niedersachsen

### CARE about your public employees!

Niedersachsen richtet das Projekt „CARE“ (deutsch „Fürsorge“) neu aus. Derzeit wird zwischen Landesregierung und DGB über eine umfassende Vereinbarung „Gesundheit und Arbeit“ verhandelt. Ein Baustein dabei: das neue Serviceangebot CARE zur organisatorischen Unterstützung des Genesungs-, Heilungs- und Wiedereingliederungsprozesses erkrankter oder von Arbeitsunfähigkeit bedrohter Beschäftigter. Als freiwilliges Bera-



Foto: irisblende

seinsvorsorge. Die maßgeblichen Gesetze fordern eine Vielfalt unterschiedlicher Träger. „Kommunen brauchen entsprechende Mittelausstattung um weiterhin selbst diese Aufgabe zu erfüllen.“ Weitere Auslagerungen von kommunalen Kitas führten dazu, dass diese

tungsangebot soll es die Lücke zwischen Prävention und Wiedereingliederung schließen. Im Dschungel der Leistungserbringer soll CARE ein „Lotse“ sein. Während die CARE-Beratungsstellen Tarifbeschäftigte durch die Leistungsangebote der

gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherungen geleiten, müssen sie für die BeamtInnen dieses Angebot selber erst entwickeln. Hier besteht bisher kein Äquivalent zum Versicherten-Service und Versorgungsmanagement der Sozialversicherungsträger.

### 6 Vollzeitstellen und Sachmittel im Umfang von 200.000 Euro

Für die Steuerung von CARE im Innenministerium stehen sechs Vollzeitstellen sowie Sachmittel im Umfang von 200.000 Euro für 2014 bereit.

#### Nordrhein-Westfalen

##### Falscher Fokus bei der Nachwuchsgewinnung

Die nordrhein-westfälische Polizei kann nach Aussage der dortigen GdP in den nächsten Jahren genug gut qualifizierte BewerberInnen finden – sofern sie in den richtigen Zielgruppen sucht. „Die Polizei hat ihr Werbekonzept zu sehr auf die Gruppe der Abiturienten konzentriert und dabei junge Menschen mit einer Berufsausbildung vernachlässigt, obwohl sie für die Polizei besonders interessant sind“, erklärte GdP-Landeschef Arnold Plickert. Innenminister Ralf Jäger (SPD) hat der GdP inzwischen schriftlich seine Unterstützung für diesen Vorschlag signalisiert. Außerdem soll die Transparenz im Bewerbungsverfahren erhöht werden, indem BewerberInnen schneller ihren Rangordnungswert auf der Bewerberliste erfahren. Auch dies ist eine Forderung der GdP, nachdem besonders qualifizierte BewerberInnen oftmals ihre Bewerbung zurückgezogen hatten, weil sie zu lange auf eine Einstellungs-zusage warten mussten.

#### Rheinland-Pfalz

##### Dreyer macht den Deckel auf

Seit der gesetzlichen Deckelung der jährlichen Besoldungsentwicklung auf ein Prozent jeweils für die Jahre 2012 bis 2016 liefen der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften Sturm. So

waren im vergangenen Jahr mehrere hundert verbeamtete LehrerInnen nach einem Aufruf der GEW in einen eintägigen Warnstreik getreten. Die DGB-Gewerkschaften hatten 3.500 Beschäftigte vor den Landtag mobilisiert. Außerdem strengten sie Musterprozesse gegen die „Besoldungsdeckelung“ vor den Verwaltungsgerichten an, die bereits zu einem Vorlagebeschluss beim Bundesverfassungsgericht führten.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) kündigte nun an, diese Entscheidung für die Jahre ab 2015 zu revidieren. Die nach Aussage von DGB-Landeschef Muscheid „gute Nachricht“ steht jedoch unter Vorbehalten: Eine Besoldungserhöhung über einem Prozent kann es nach Aussage von Dreyer nur geben, „sofern die nächsten beiden Steuerschätzungen die Erwartungen tragen und die Tarifabschlüsse auch die wirtschaftliche Entwicklung widerspiegeln“. Die Ankündigung Dreyers reicht den Gewerkschaften nicht. „Wir fordern die Ministerpräsidentin auf, auch die verfassungswidrigen Kürzungen für die Jahre 2012 bis 2014 zurückzunehmen“, so GEW-Landeschef Hammer.

#### Saarland

##### Diskussionsthese zur Inklusion

„Das Thema bewegt viele Menschen, weil Inklusion eine große bildungs- und gesellschaftspolitische Herausforderung ist, die ein gründliches Umdenken erfordert. Natürlich prallen da auch unterschiedliche Auffassungen aufeinander. Die Debatte wird aber zu oft auf einige wenige Aspekte verkürzt.“ So begründet Peter Balnis, Landesvorsitzender der GEW, die Veröffentlichung der Broschüre „Schulweg zur Inklusion“. Diese enthält Diskussionsthese rund um das Thema Inklusion, wobei der Fokus auf dem schulischen Bereich liegt. So fordert die GEW angemessene räumliche wie sachliche Ressourcen für Regelschulen sowie ausreichend Förderschullehrkräfte. „Wir müssen jetzt mit dem Paradigmenwechsel beginnen und damit anfangen, Schulen zu inklusiven Bildungseinrichtungen umzugestalten“, so die GEW. Hintergrund der Thesen-

veröffentlichung ist die Verschiebung der Umsetzung der Inklusion an saarländischen Schulen im Sekundarbereich 1 um ein Jahr. Dieses müsse nun nach Ansicht der GEW genutzt werden, um Klärungen herbeizuführen.

#### Sachsen

##### DGB: Anforderungen an sächsische Politik

Am 31. August 2014 wird in Sachsen ein neuer Landtag gewählt. Aus diesem Grund stellte der DGB Sachsen nun seine Anforderungen an die zur Wahl stehenden Parteien vor. So erwartet er von der künftigen Staatsregierung eine Modernisierung des öffentlichen Dienstes. Schließlich sei die Bereitstellung öffentlicher Güter, das Angebot an sozialen und kulturellen Leistungen entscheidend bei der Ansiedlung zukünftiger Fachkräfte und ein moderner öffentlicher, zukunftsfähiger Dienst ein Schlüsselfaktor für die Entwicklung des Landes. Markus Schlimbach, stellvertretender Vorsitzender des DGB Sachsen, mahnte: „Die Überalterung des öffentlichen Dienstes ist durch ein chaotisches Stellenabbaukonzept immer offensichtlicher.“ Man erwarte, den demografischen Wandel im öffentlichen Dienst gemeinsam zu gestalten. Dazu bedürfe



Download der  
Broschüre unter  
[gew-saarland.de](http://gew-saarland.de)

es einer seriösen Personalplanung, die den Stopp des Personalabbaus sowie die Schaffung von Einstellungskorridoren und den Abschluss von Demografie-Tarifverträgen mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes erfordert. Zudem erwartet der DGB die Tarifierung der Eingruppierungsregelungen für Lehrkräfte, die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes sowie die Verbesserung der Sicherheit durch eine stärkere Polizeipräsenz.

## Sachsen-Anhalt

### Privat nicht mehr vor Staat

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft hat ausdrücklich begrüßt, dass im Entwurf für ein neues sachsen-anhaltinisches Landesorganisationsgesetz der bisherige Privatisierungsvorworg gestrichen werden soll. Kritisch äußert sich die Gewerkschaft zu einer stärkeren Kommunalisierung von Aufgaben. Diese sei in Zeiten einer zunehmenden Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung nur in Ausnahmefällen noch zweckmäßig. Die Kommunen sollten stattdessen als „Front-Office“ eingebunden werden, als Ort, an dem die BürgerInnen ihre Anträge (persönlich) stellen können. Bearbeitet und beschieden werden sollten diese Anträge nach Ansicht von ver.di in spezialisierten Landesbehörden für das gesamte Land, die als „Back-Office“ fungieren.

## Schleswig-Holstein

### Zurück zum zähen Ringen

Anfang April war im nördlichsten Bundesland die Diskussion zwischen den Universitäten Kiel und Flensburg sowie dem Bildungsministerium zur Zukunft der Lehrerbildung eskaliert. Grund: Wissenschaftsministerin Waltraud Wende (parteilos) hatte den Ausbau der Lehrerbildung an der Uni Flensburg verkündet, wo sie selbst früher Uni-Präsidentin war. Die Uni Kiel fürchtete, dass sich Doppelstrukturen



Foto: Jürgen Haacks  
Uni Kiel

zum Beispiel in der naturwissenschaftlichen Ausbildung nicht würden halten lassen und zukünftig ihre eigenen Angebote zur Disposition stehen könnten.



Foto: Christian Berger  
Uni Flensburg

<sup>1)</sup> Ist begrenzt auf den Förderhöchstbetrag nach §10a EStG (pro Jahr 2.100,- Euro)  
<sup>2)</sup> Quelle: Studie „Rendite und Renten-Höhe“ von Riester-Produkten“, Institut für Vorsorge und Finanzplanung GmbH, Stand: August 2012

DGB Das RentenPlus:  
Spezialtarif mit  
**40% Rabatt**



# DGB Das RentenPlus: Riester-Rente zum Spezialtarif

## ► 40 % Rabatt auf den Ausgabeaufschlag über die gesamte Laufzeit und alle Vorteile der UniProfiRente:

- **Attraktive Ertragschancen bei 100 % Garantie**  
Ihre Einzahlung und staatliche Zulagen sind zu Beginn der Auszahlphase garantiert. Während der Ansparphase unterliegt die Anlage marktbedingten Kursschwankungen.
- **Staatliche Förderung<sup>1)</sup>**
- **200,- Euro einmaliger Bonus für Berufseinsteiger bis 25 Jahre**

Ausführliche produktspezifische Informationen entnehmen Sie bitte den Sonderbedingungen zum Altersvorsorgevertrag. Hinweise zu Chancen und Risiken der zugrunde liegenden Fonds entnehmen Sie bitte den aktuellen Verkaufsprospekten, den Vertragsbedingungen, den wesentlichen Anlegerinformationen sowie den Jahres- und Halbjahresberichten, die Sie kostenlos in deutscher Sprache bei Ihrer BBBank eG, Herrenstraße 2-10, 76133 Karlsruhe (Telefon 07 21 /141-0 oder [www.bbbank.de](http://www.bbbank.de)) oder über den Kundenservice der Union Investment Service Bank AG, Wiesenhüttenstraße 10, 60329 Frankfurt am Main (Telefon 069/5 89 98-60 60 oder [www.union-investment.de](http://www.union-investment.de)) erhalten. Diese Dokumente bilden die allein verbindliche Grundlage für den Kauf der Fonds. Stand: 03.07.2013

### Jetzt informieren:

[www.bezuegekonto.de](http://www.bezuegekonto.de) oder Tel. 0 800/40 60 40 160 (kostenfrei)



August 2012<sup>2)</sup>



Die Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst

# AUS DEN LÄNDERN

Dass nunmehr wieder ein sachlicher Gesprächsfaden geknüpft wurde, begrüßt die GEW als einen „Akt der Vernunft“. „Auf dieser Basis sollte es möglich sein, eine akzeptable Lösung für beide Universitäten zu finden“, erklärte der GEW-Landesvorsitzende Matthias Heidn. Zugleich warnte er vor übertriebenem Optimismus: „Das wird bestimmt noch ein zähes Ringen. Denn wie das gesamte Bildungssystem in Schleswig-Holstein sind beide Universitäten hoffnungslos unterfinanziert.“

## Thüringen

### Schule: Beförderungen und Höhergruppierungen gestoppt

Das Thüringer Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur hat die Beförderungen und Höhergruppierungen von beamteten LehrerInnen in allen Schulamtsbereichen des Landes sowie für die tarifbeschäftigten in West-

thüringen und Mittelthüringen gestoppt. Nach Willen der Landesregierung sollten diese ebenso wie ihre nicht betroffenen KollegInnen zum 1. April dieses Jahres höhergruppiert bzw. befördert werden können. Damit reagierte das Ministerium auf die gegen die getroffenen Auswahlentscheidungen der Staatlichen Schulämter eingelegten Eilverfahren, durch welche 18 unterlegene BewerberInnen die Entscheidungen rechtlich überprüfen lassen wollen.

Bereits in den vergangenen Jahren waren die Beförderungen und Höhergruppierungen im thüringischen Schulbereich mehrfach Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzungen. Mittels Vorgabe gesetzlich zulässiger Auswahlkriterien sowie konkretisierter Verfahrensregeln wie bspw. die Einhaltung der Informationspflicht sollte dies bei der Beförderungs- bzw. Höhergruppierungsrunde im Frühjahr 2014 eigentlich vermieden werden.



Foto: fotolia.de/contrastwerkstatt

-Anzeige-

## AUSBILDUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Der Internetauftritt [www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de](http://www.ausbildung-im-oeffentlichen-dienst.de) steht im Mittelpunkt eines Projekts, das der Deutsche Beamtenwirtschaftsring e.V. (DBW) gemeinsam mit der HUK-COBURG ausrichtet. Die Website enthält u. a. Profile von Behörden und anderen Einrichtungen des öffentlichen Sektors mit allen wesentlichen Kontaktdaten. Mit einem Link gelangen die Besucher dann direkt zur behörden-eigenen Website.

Die Website bietet auch eine Stellenbörse für Auszubildende und Beamtenanwärter/innen, die von Behörden kostenfrei genutzt werden kann.



# Sanatorium DR. HOLLER



## Sanatorium Dr. Holler mit dem ganzheitlichen Ansatz...

„Weil wir den Menschen ganzheitlich sehen, behandeln wir ihn auch so“, nach diesem Leitmotto erfolgt die Behandlung und Betreuung im Sanatorium Dr. Holler.

Das kompetente Ärzte-Team und die bestens geschulten, langjährig tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, nehmen sich im Sanatorium Dr. Holler viel Zeit, um auf die persönlichen Wünsche der Gäste einzugehen. Für jeden Gast wird ein individueller Behandlungsplan erstellt, der, je nach Indikation, modernste Schulmedizin, homöopathische oder naturheilkundliche Behandlungsverfahren, beinhaltet.

Mehr Informationen finden Sie unter:

[www.sanatorium-holler.de](http://www.sanatorium-holler.de)



## 12. Potsdamer Forum

# „Gesellschaft gestalten – Der Beitrag des öffentlichen Dienstes“



Am 6. und 7. Mai 2014 luden die Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit ver.di, Brandenburgs Landeshauptstadt und der REFA Group zum 12. Potsdamer Forum. Führungskräfte, WissenschaftlerInnen und Personalratsmitglieder referierten und diskutierten über die mit der Lage der öffentlichen Haushalte und den Auswirkungen der demografischen Entwicklung einhergehenden Handlungsbedarfe im öffentlichen Dienst. Der Schwerpunkt der Workshop-Phasen lag dabei bei den Themen Organisations- und Personalmanagement.

Doch bevor in Arbeitsgruppen Erfahrungen und Erkenntnisse ausgetauscht wurden, richtete Brandenburgs Innenminister, Ralf Holzschuher, im Namen der Landesregierung ein Grußwort an die TeilnehmerInnen des Forums und thematisierte die aus der Haushaltslage resultierende Problematik für den öffentlichen Dienst. So stelle bei den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln die Aufrechterhaltung eines starken, leistungsfähigen öffentlichen Dienstes eine große Herausforderung dar. Nichts desto trotz könne die Konzentration allein auf die Kernaufgaben nicht die Lösung sein.

Klaus-Peter Murawski, Chef der Staatskanzlei des Staatsministeriums Baden-Württemberg, verwies in seinem Impulsreferat darauf, dass „es mit den soliden Staatsfinanzen nicht weit her ist“ und plädierte für eine Dezentralisierung des öffentlichen Dienstes. Das zu Verfügung stehende Geld müsse dahin, wo die Aufgaben tatsächlich erledigt werden. Im sich anschließenden Beitrag des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Klaus Wowereit, wurde der in der Vergangenheit kontinuierlich vorangetriebene Abbau von Fachwissen in der Verwaltung angemahnt. Dieses müsse nun teuer eingekauft werden. Zudem kritisierte er die Gerichtsbarkeit, die mit ihrem Hang zur Unantastbarkeit der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums die Innovationsfähigkeit des öffentlichen Dienstes einschränke.



Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin, bei seinem Referat mit dem Thema „Bestimmende Faktoren für einen starken öffentlichen Dienst aus Sicht der Länder“.  
Fotos: Kay Herschelmann

Während der inhaltliche Schwerpunkt der Workshops am 6. Mai mit der Organisationsentwicklung der Verwaltung, den mit den Informationstechnologien einhergehenden Neuerungen oder dem Zwiespalt zwischen Haushaltsbudget und Aufgabenerfordernissen auf den organisatorischen Ressourcen und der Finanzierung des öffentlichen Dienstes lag, standen am 2. Veranstaltungstag mit Themen wie Personalmanagement und -führung, Arbeitsüberlastung, Weiterbildung und Qualifizierung die Beschäftigten im Mittelpunkt.

## Betreutes Wohnen nach Ihren Wünschen

Unsere Seniorenresidenzen setzen bundesweit anspruchsvolle Standards für das altersgerechte Wohnen.



[www.augustinum.de](http://www.augustinum.de)

## Haut- und Atemwegserkrankungen

Sonne – Wind – Meer und das Fachklinikum Borkum sind Garant für Ihre Gesundheit.



[www.fachklinikum-borkum.de](http://www.fachklinikum-borkum.de)

## Chronische Haut- und Atemwegserkrankungen

Ganzheitliches Therapiekonzept bei Atemwegserkrankungen und Allergien unter Einbeziehung des Ostseereizklimas.



[www.ostseeklinik-kuehlungsborn.de](http://www.ostseeklinik-kuehlungsborn.de)

## Privatklinik Eberl in Bad Tölz

In traumhafter Alpenkulisse eine Auszeit von der Hektik des Alltags nehmen und Körper und Geist wieder aufleben lassen.



[www.privatklinik-eberl.de](http://www.privatklinik-eberl.de)

## Espan Klinik mit Haus ANNA

Fachklinik für Erkrankungen der Atmungsorgane  
Klinik für Anschlussheilbehandlung (AHB/AR)



[www.espan-klinik.de](http://www.espan-klinik.de)

# Nutzen Sie Ihren Status im öffentlichen Dienst für Ihre finanzielle Freiheit

## Beamten Darlehen mit Top-Konditionen für Beamte, Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und Akademiker

- ✓ Darlehen bis 60.000 EUR
- ✓ lange Laufzeiten von 12, 15 oder 20 Jahren – dadurch niedrige monatliche Belastung
- ✓ Zinsgarantie über die gesamte Laufzeit
- ✓ sofortige Darlehenstilgung im Todesfall durch Comfort-Rentenversicherung (in der monatlichen Rate inbegriffen)
- ✓ freier Verwendungszweck: auch zur Umschuldung laufender Ratenkredite
- ✓ unkomplizierte Abwicklung und schnelle Auszahlung

### Jetzt Angebot anfordern:

**NÜRNBERGER Beamten Lebensversicherung AG**  
Ostendstr. 100, 90334 Nürnberg  
Telefon: 0911 531-4871, Telefax: 0911 531-3457  
MBoeD@nuernberger.de

**INFO-SERVICE**  
Öffentlicher Dienst/Beamte

INFO-SERVICE  
Fuchslochweg 1  
74933 Neidenstein

Jetzt mit eigenem Projekt bewerben!

# Deutscher Personalräte-Preis 2014



Wann, wenn nicht jetzt – so lautet die Devise für die Bewerbung um den Deutschen Personalräte-Preis 2014. Noch bis zum 31. Mai 2014 können sich einzelne Personalratsmitglieder, komplette Gremien und dienststellenübergreifende PR-Kooperationen für den Oscar der Interessenvertretung im öffentlichen Dienst bewerben. Der Preis ist eine Initiative der Fachzeitschrift „Der Personalrat“ und wird gemeinsam vom Bund-Verlag und der HUK-COBURG verliehen.

Ob faire Entlohnung, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Qualifizierung oder Regelungen von Arbeits- und Dienstzeiten – an Themen dürfte kein Mangel herrschen. Für den aktuellen Preis können Projekte aus den Jahren 2012 bis 2014 eingereicht werden.

Der Deutsche Personalräte-Preis wird in den Kategorien Gold, Silber und Bronze und als Sonderpreis der HUK-COBURG vergeben. Darüber hinaus lobt die DGB-Jugend einen Preis für beispielhafte JAV-Arbeit und Projekte für jugendliche Beschäftigte und Auszubildende aus. Die feierliche Preisverleihung erfolgt auf dem Schöneberger Forum des DGB am 25. November 2014 in Berlin.

Mit Sicherheit schlummern zahlreiche spannende Projekte noch unbeachtet in den Schreibtischen vieler Dienststellen. Jetzt ist die beste Gelegenheit, diese engagierte Arbeit öffentlich zu machen. Die Teilnahme ist denkbar einfach – eine Kurzbewerbung mit den wesentlichen Informationen zum Inhalt des konkreten Projektes genügt.

Ausführliche  
Informationen,  
Bewerbungsunterlagen  
und Kontaktadressen  
unter [www.dprp.de](http://www.dprp.de)

Die Preisträgerinnen und Preisträger des Deutschen Personalräte-Preises 2013 bei der Verleihung in Berlin.  
Foto: Simone M. Neumann



## Urteil

### Keine Beihilfebegrenzung im Basistarif

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden, dass die Begrenzung des Beihilfeanspruchs für im Basistarif privat krankenversicherte beihilfeberechtigte BeamtInnen sowie ihre berücksichtigungsfähigen Angehörigen gegen den verfassungsrechtlichen Gleichheitssatz verstößt. Bislang findet sich eine einschränkende Regelung unter anderem in der Bundesbeihilfeverordnung. Danach wird für in Anspruch genommene ärztliche Leistungen nicht der erhöhte Gebührensatz von maximal 2,3 als beihilfefähig anerkannt – auch wenn der Arzt die erbrachten Leistungen mit diesem berechnet hat – sondern nur der Gebührensatz, der nach Anwendung des Rechts der gesetzlichen Krankenversicherung in Frage kommt. Das Gericht sieht darin eine Benachteiligung von Beihilfeberechtigten, die alternativlos im Basistarif versichert sind, gegenüber BeamtInnen, die in regulären Tarifen bei einer privaten Krankenversicherung versichert sind. Dieser bislang geltenden Regelung fehle es einem sachlichen Rechtfertigungsgrund. Geklagt hatte ein Bundesbeamter sowie ein Beamter des Landes Berlin. Der DGB hatte die Schlechterstellung von im Basistarif versicherten Beihilfeberechtigten in der Vergangenheit

ebenfalls immer wieder kritisiert und hat das Bundesministerium des Innern bereits auffordert, das Urteil zeitnah in der Bundesbe-

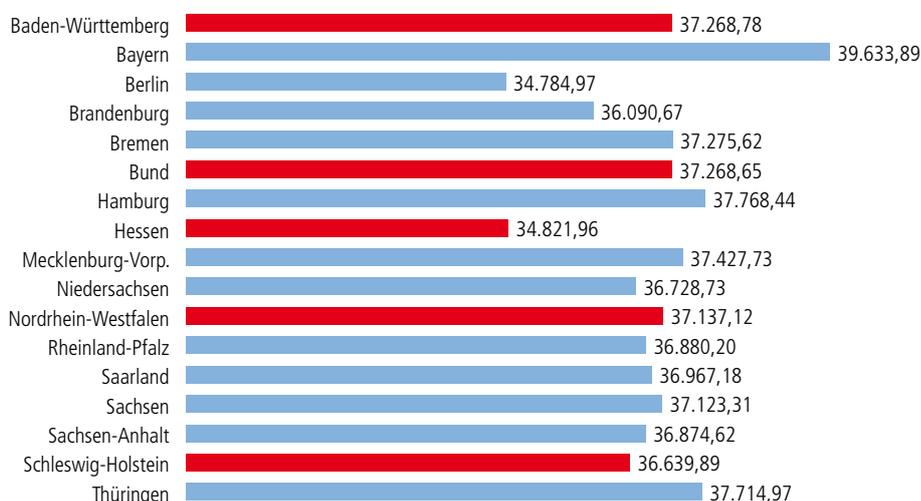
hilfeverordnung zu berücksichtigen. (BVerwG 5 C 16.13 und 5 C 40.13 – Urteile vom 17. April 2014)

## Richtigstellung

Liebe Leserinnen und Leser,

in der April-Ausgabe des Magazins für Beamtinnen und Beamte hat sich der Fehler teufel eingeschlichen. Die Zahlenangaben der Abbildung 2 „A9-Jahresbruttobesoldung 2014 bei Annahme einer 40-Stunden-Woche“ der Titelstory „18,5 Prozent – Tendenz steigend“ waren leider nicht korrekt. Aus diesem Grund an dieser Stelle nochmals das Diagramm mit den korrekten Beträgen. Die Redaktion des DGB Beamten-Magazins bittet den Fehler zu entschuldigen.

**Abb. 2: A9-Jahresbruttobesoldung 2014 bei Annahme einer 40-Stunden-Woche\* (in Euro)**



\* Summe aus jährlichem Grundgehalt Endstufe, allg. Stellenzulage/Strukturzulage, evtl. Einmal- und Sonderzahlungen; eigene Berechnungen DGB BVV, Abt. OEB.

## Zahlen, Daten, Fakten

### Empfehlungen gegen Missbrauch von Leiharbeit

In einem Gutachten für das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen haben die Rechtswissenschaftler Prof. Dr. Christiane Brors (Universität Oldenburg) und Prof. Dr. Peter Schüren (Universität Münster) Empfehlungen erarbeitet, wie der missbräuchliche Einsatz von Werkverträgen und Leiharbeit verhindert werden kann. Unter anderem schlagen sie vor, enge zeitliche Grenzen für die Entleihung von Arbeitskräften zu setzen. Wenn diese dann überschritten werden, soll aus einem Leiharbeits- ein reguläres Arbeitsverhältnis beim Entleiher werden. Ein weiteres Steuerungsinstrument könnte die Verankerung eines dauerhaften Anspruchs auf Unterrichtung im Betriebsverfassungsgesetz sein. Würde dieser Anspruch des Betriebsrates verletzt, wäre der Einsatz von Leiharbeit unzulässig.

Download des Gutachtens unter [www.mais.nrw.de](http://www.mais.nrw.de)  
 ▷ Service ▷ Presse  
 ▷ März 2014

### So viele LeiharbeiterInnen gab es im Juni ...



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2014

# Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit unserer Dienstunfähigkeitsversicherung.



Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

**Unsere Dienst- und Berufsunfähigkeitsversicherung bietet Schutz von Anfang an – komme, was wolle.**

- ✓ Bedarfsgerechter Dienstunfähigkeitsschutz speziell für Beamte
- ✓ Höhe der Dienstunfähigkeitsversicherung an Bedarf anpassbar
- ✓ Auch die Teil-Dienstunfähigkeit ist absicherbar
- ✓ Ihr persönlicher Vorsorge-Check online

Als Spezialversicherer exklusiv für den Öffentlichen Dienst geben wir alles für Sie. Lassen Sie sich jetzt von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten.

Mehr Informationen: [www.DBV.de](http://www.DBV.de) oder Telefon 0800 166 55 94.



Jetzt Vorsorge-Check machen



Ein Unternehmen der AXA Gruppe



## Selbsthilfeeinrichtungen für den öffentlichen Dienst

Unser Angebot – Ihr Vorteil



### RatgeberService und AboService

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

- ... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst\***
- ... Ex. **Beamtenversorgung in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **Beihilfe in Bund und Ländern\***
- ... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst\***

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand). \* Im AboService nur 5,00 Euro.



### OnlineService des DBW für nur 10 Euro

Neben dem RatgeberService und AboService informiert der DBW die Beschäftigten und ehemaligen Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes auch im Internet über aktuelle und wichtige Themen. Mit dem OnlineService können Sie sich auf mehr als 20 Websites informieren. Das breite Themenangebot ist aktuell und übersichtlich gestaltet.

Wenn Sie sich für den OnlineService anmelden, erhalten Sie eine Zugangskennung mit der Sie auf allen Websites des DBW recherchieren können. Dort finden Sie auch Muster-Formulare und Checklisten als PDFs. Daneben können Sie auch vier Ratgeber als OnlineBücher lesen und ausdrucken, beispielsweise „Nebentätigkeitsrecht des öffentlichen Dienstes“, „Frauen im öffentlichen Dienst“, „Gesundheit von A bis Z“ und „Neues Tarifrecht für den öffentlichen Dienst“.

### Bestellung

per E-Mail: [info@dbw-online.de](mailto:info@dbw-online.de)  
 per Telefon: 0211 7300335  
 per Telefax: 0211 7300275  
 Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.  
 Ratiborweg 1 · 40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: [www.dbw-online.de](http://www.dbw-online.de)

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Firma

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
PLZ, Ort

\_\_\_\_\_  
E-Mail

\_\_\_\_\_  
Konto-Nummer

\_\_\_\_\_  
BLZ

\_\_\_\_\_  
Bank

\_\_\_\_\_  
Unterschrift



## Private Krankenversicherung

Leistungsstarke Gesundheitsvorsorge  
für Beamte



**Die HUK-COBURG ist ein starker Partner, auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:**

- Stabile und günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: 4 Monatsbeiträge Rückerstattung bereits ab dem 1. leistungsfreien Kalenderjahr – Beamtenanwärter erhalten sogar 6 Monatsbeiträge Rückerstattung
- kompetent für den öffentlichen Dienst – die HUK-COBURG ist der größte deutsche Beamtenversicherer

**Wir beraten Sie gern:**

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter [www.HUK.de](http://www.HUK.de).

**Oder rufen Sie direkt an: Telefon 09561 96-98221**

DEUTSCHER  
PERSONALRÄTE  
PREIS • 2014



Der Personalrat  HUK-COBURG



**HUK-COBURG**

Aus Tradition günstig